Mittwoch, 20. November 2002

1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
2. verlangt, erneut befasst zu werden, falls die Kommission beabsichtigt, diesen Vorschlag entscheidend zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;
3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

P5_TC1-COD(2002)0082**Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 20. November 2002 im Hinblick auf den Erlass der Entscheidung Nr. .../2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines mehrjährigen Programms für Maßnahmen im Energiebereich: Programm „Intelligente Energie“ (2003-2006)**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 175 Absatz 1,

auf Vorschlag der Kommission⁽¹⁾,nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses⁽²⁾,nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen⁽³⁾,gemäß dem Verfahren *des Artikels 251 des Vertrags*⁽⁴⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Zu den natürlichen Ressourcen, auf deren umsichtige und rationelle Verwendung in Artikel 174 *des Vertrags* Bezug genommen wird, gehören neben den erneuerbaren Energiequellen Erdöl, Erdgas und feste Brennstoffe, die wichtige Energiequellen, aber auch die Hauptverursacher von Kohlendioxidemissionen sind. Die Förderung von Maßnahmen auf internationaler Ebene zur Bewältigung regionaler oder globaler Umweltprobleme ist eines der im genannten Artikel vorgesehenen Ziele.
- (2) In der Mitteilung der Kommission „Nachhaltige Entwicklung in Europa für eine bessere Welt: Strategie der Europäischen Union für die nachhaltige Entwicklung“⁽⁵⁾, die dem Europäischen Rat auf seiner Tagung in Göteborg am 15./16. Juni 2001 vorgelegt wurde, werden als Hauptthemen für die nachhaltige Entwicklung unter anderen die Treibhausgase und die nachteiligen Auswirkungen des Verkehrs genannt. Zur Bewältigung dieser Hindernisse ist ein neuer Ansatz der Gemeinschaftspolitik erforderlich und gilt es, auf die Bürger und die Unternehmen zuzugehen, um die Verbrauchsmuster zu ändern.
- (3) Der Europäische Rat von Göteborg hat eine Strategie für die nachhaltige Entwicklung angenommen und dem Prozess von Lissabon für Beschäftigung, wirtschaftliche Reformen und sozialen Zusammenhalt eine Umweltdimension hinzugefügt.
- (4) Die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energiequellen sind ein wichtiger Bestandteil der Maßnahmen, die zur Einhaltung der Bestimmungen des Protokolls von Kyoto erforderlich und im Rahmen des Europäischen Programms zur Klimaänderung (ECCP)⁽⁶⁾ vorgesehen sind. **Die Wetterphänomene, die in jüngster Zeit in Europa und anderswo auf der Welt aufgetreten sind, zeigen, dass dringend gehandelt werden muss.**

⁽¹⁾ ABl. C 203 E vom 27.8.2002, S. 47.

⁽²⁾ ABl. C [...] vom [...], S. [...].

⁽³⁾ ABl. C [...] vom [...], S. [...].

⁽⁴⁾ Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 20. November 2002.

⁽⁵⁾ KOM(2001) 264.

⁽⁶⁾ KOM(2000) 88.

Mittwoch, 20. November 2002

- (5) Im Grünbuch „Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit“⁽¹⁾ wird festgestellt, dass die Abhängigkeit der Europäischen Union von externen Energiequellen steigt und in 20 bis 30 Jahren bis zu 70 % gegenüber derzeit 50 % betragen könnte; in ihm wird ferner betont, dass durch eindeutige Maßnahmen zugunsten einer nachfrageorientierten Politik ein Gegengewicht zur angebotsorientierten Politik geschaffen werden muss, und eine grundsätzliche Änderung des Verbraucherverhaltens angemahnt, damit die Nachfrage – insbesondere im Verkehrs- und im Bausektor – auf einen kontrollierteren und umweltfreundlicheren Verbrauch ausgerichtet wird, ebenso wie die vorrangige Entwicklung neuer und erneuerbaren Energien auf der Energieangebotsseite, um der Herausforderung der Klimaerwärmung zu begegnen.
- (6) **In seiner Entschliessung vom 15. November 2001⁽²⁾ zu dem genannten Grünbuch bezeichnete das Europäische Parlament Energieeffizienz und Energieeinsparung als vorrangige Prioritäten. Das Parlament forderte die Förderung eines „intelligenten“ Konzepts bei der Energienutzung, um Europa zum energieeffizientesten Wirtschaftsraum der Welt zu machen.**
- (7) In der Mitteilung der Kommission⁽³⁾ über einen Aktionsplan zur Verbesserung der Energieeffizienz in der Europäischen Gemeinschaft ist vorgesehen, die Energieeffizienz gegenüber dem Wert von 0,6 %, der der Tendenz der letzten zehn Jahre entspricht, um einen weiteren Prozentpunkt zu verbessern. Wird dieses Ziel erreicht, lassen sich zwei Drittel des auf 18 % des Gesamtverbrauchs geschätzten Energieeinsparpotenzials bis 2010 erreichen. Im Aktionsplan werden gesetzgeberische Maßnahmen und Fördermaßnahmen vorgeschlagen. Die Durchführung des Aktionsplans setzt auch die Einrichtung wirksamer Monitoring- und Follow-up-Systeme voraus.
- (8) Die Mitteilung der Kommission „Energie für die Zukunft: erneuerbare Energieträger – Weißbuch für eine Gemeinschaftsstrategie und Aktionsplan“⁽⁴⁾ sieht als *Richtziel* vor, dass 12 % des Bruttoenergieverbrauchs in der Gemeinschaft bis zum Jahr 2010 auf erneuerbare Energien entfallen. Das Erfordernis eines nennenswerten und anhaltenden Anstiegs der Verwendung erneuerbarer Energiequellen in der Gemeinschaft wurde vom Rat in seiner Entschliessung vom 8. Juni 1998 zu den erneuerbaren Energiequellen⁽⁵⁾ und vom Europäischen Parlament in seiner Entschliessung vom 18. Juni 1998⁽⁶⁾ zum Weißbuch betont, und beide haben die Strategie und den Aktionsplan, die von der Kommission vorgeschlagen wurden, insgesamt gebilligt, einschließlich der Stärkung der Programme zur Förderung erneuerbarer Energien. Der Aktionsplan sieht Maßnahmen zur Unterstützung der Förderung und der Entwicklung erneuerbarer Energien vor. In der Mitteilung der Kommission über die *Umsetzung der Gemeinschaftsstrategie und des Aktionsplans zu erneuerbaren Energiequellen (1998-2000)*⁽⁷⁾ wird festgestellt, welche Fortschritte erzielt wurden, und gleichzeitig hervorgehoben, dass weitere Anstrengungen auf europäischer und nationaler Ebene – insbesondere neue gesetzgeberische Maßnahmen zugunsten erneuerbarer Energiequellen und ihre Förderung – erforderlich sind, um diese Ziele zu erreichen.
- (9) **Die Richtlinie 2001/77/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2001 zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt⁽⁸⁾ legt nationale Richtziele fest, die mit dem globalen Richtziel der Europäischen Union von 12 % des Bruttoinlandsenergieverbrauchs bis zum Jahr 2010 und insbesondere mit dem Richtziel von 22,1 % für den Anteil von Strom aus erneuerbaren Energiequellen am gesamten Stromverbrauch der Gemeinschaft bis zum Jahr 2010 vereinbar sind.**
- (10) **In der Entschliessung zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen in den AKP-Staaten, die die Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU am 1. November 2001 angenommen hat⁽⁹⁾, wird die Kommission aufgefordert, „die nachhaltige Energieversorgung insbesondere durch Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energieträger als prioritäres Aktionsfeld in ihre neue Strategie für die Entwicklungspolitik aufzunehmen“.**

⁽¹⁾ KOM(2000) 769.

⁽²⁾ ABl. C 140 E vom 13.6.2002, S. 543.

⁽³⁾ KOM(2000) 247.

⁽⁴⁾ KOM(1997) 599.

⁽⁵⁾ ABl. C 198 vom 24.6.1998, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. C 210 vom 6.7.1998, S. 215.

⁽⁷⁾ KOM(2001) 69.

⁽⁸⁾ ABl. L 283 vom 27.10.2001, S. 33.

⁽⁹⁾ ABl. C 78 vom 2.4.2002, S. 35.

Mittwoch, 20. November 2002

- (11) *Der am 2. September 2002 beschlossene endgültige Aktionsplan des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, einschließlich der Europäischen Union, Anstrengungen zu unternehmen, um den globalen Anteil erneuerbarer Energiequellen am Energiemix erheblich zu erhöhen, gleiche Bedingungen für erneuerbare Energiequellen im Vergleich zu anderen Energiequellen zu schaffen, vermehrte Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten im Bereich der erneuerbaren Energiequellen, der Energieeffizienz und sauberer konventioneller Brennstofftechnologien zu fördern und den Entwicklungsländern die finanziellen Mittel bereitzustellen, damit sie sich das erforderliche Wissen im Energiesektor aneignen können, einschließlich erneuerbarer Energiequellen, Energieeffizienz und sauberer konventioneller Brennstofftechnologien, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen.*
- (12) *Die EU-Partnerschaftsinitiative „Energieinitiative für die Bekämpfung der Armut und für nachhaltige Entwicklung“, die am 1. September 2002 eingeleitet wurde, baut auf eine stärkere Beachtung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energieträgern. Mehrere Entwicklungsländer und regionale Organisationen wie auch Organisationen des Privatsektors und der Zivilgesellschaft haben sich dieser Initiative bereits angeschlossen, deren Grundsätze und Strategie in der Mitteilung der Kommission „Die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern im Energiebereich“⁽¹⁾ dargelegt sind.*
- (13) Da die meisten Maßnahmen der Gemeinschaft, die die Energieeffizienz, vor allem die Kennzeichnung von elektrischen und elektronischen Geräten und von Büro- und Kommunikationsgeräten, und die Normung von Beleuchtungs-, Heiz- und Klimaanlageanlagen betreffen, für die Mitgliedstaaten nicht verbindlich sind, gilt es, auf Gemeinschaftsebene mit Hilfe spezieller Programme fördernd zu wirken, um die Voraussetzungen für die Entwicklung nachhaltiger Energiesysteme zu schaffen.
- (14) Das Gleiche gilt für Maßnahmen der Gemeinschaft, die auf eine größere Marktdurchdringung erneuerbarer Energiequellen und insbesondere auf die Normung von Geräten abzielen, die dazu bestimmt sind, erneuerbare Energien zu produzieren und zu verbrauchen.
- (15) Die Entscheidung 1999/21/EG, Euratom des Rates vom 14. Dezember 1998 über ein mehrjähriges Rahmenprogramm für Maßnahmen im Energiesektor (1998-2002) und flankierende Maßnahmen⁽²⁾ und die Entscheidungen über die spezifischen Programme, das heißt die Entscheidung 1999/22/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung eines Mehrjahresarbeitsprogramms für Studien, Analysen, Prognosen und damit verbundene Arbeiten im Energiebereich (1998-2002)⁽³⁾ (ETAP), die Entscheidung 1999/23/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 über ein Mehrjahresprogramm zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Energiebereich (1998-2002)⁽⁴⁾ (Synergy), die Entscheidung 1999/24/EG des Rates vom 14. Dezember 1998 über ein Mehrjahresprogramm für technologische Maßnahmen zur Förderung der sauberen und effizienten Nutzung fester Brennstoffe (1998-2002)⁽⁵⁾ (Carnot), die Entscheidung 1999/25/Euratom des Rates vom 14. Dezember 1998 über ein Mehrjahresprogramm (1998-2002) für Maßnahmen im Kernenergiebereich auf dem Gebiet des sicheren Transports radioaktiven Materials sowie der Sicherheitsüberwachung und der industriellen Zusammenarbeit zur Förderung bestimmter Sicherheitsaspekte der kerntechnischen Anlagen in den derzeitigen Teilnehmerländern des TACIS-Programms⁽⁶⁾ (SURE), die Entscheidung Nr. 646/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Februar 2000 über ein Mehrjahresprogramm zur Förderung der erneuerbaren Energieträger in der Gemeinschaft (Altener) (1998-2002)⁽⁷⁾ und die Entscheidung Nr. 647/2000/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Februar 2000 über ein Mehrjahresprogramm zur Förderung der Energieeffizienz (SAVE) (1998-2002)⁽⁸⁾, laufen am 31. Dezember 2002 aus.
- (16) Gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Entscheidung 1999/21/EG, Euratom beauftragte die Kommission unabhängige Sachverständige mit einer externen Gesamtbewertung des genannten Rahmenprogramms und der spezifischen Programme. In ihrem Bericht *erkennen* die Bewerter die Bedeutung insbesondere der Programme Altener, SAVE, Synergy und ETAP für die Umsetzung der Energiestrategie und der Gemeinschaftsstrategie für die nachhaltige Entwicklung an. Sie stellen fest, dass es diesen Programmen gemessen am tatsächlichen Bedarf an Mitteln fehlt, und schlagen ihre Stärkung vor.

⁽¹⁾ KOM(2002) 408.

⁽²⁾ ABl. L 7 vom 13.1.1999, S. 16.

⁽³⁾ ABl. L 7 vom 13.1.1999, S. 20.

⁽⁴⁾ ABl. L 7 vom 13.1.1999, S. 23.

⁽⁵⁾ ABl. L 7 vom 13.1.1999, S. 28.

⁽⁶⁾ ABl. L 7 vom 13.1.1999, S. 31.

⁽⁷⁾ ABl. L 79 vom 30.3.2000, S. 1.

⁽⁸⁾ ABl. L 79 vom 30.3.2000, S. 6.

Mittwoch, 20. November 2002

- (17) *Unter Berücksichtigung der Schlussfolgerungen aus der Bewertung des genannten Rahmenprogramms, in der festgestellt wurde, dass alle Programme, darunter auch Altener und SAVE wie auch Synergy – der Vorläufer von Coopener –, unter einem schwerwiegenden Mangel an Ressourcen litten, ist eine Erhöhung der Mittel für ein noch umfassenderes Programm „Intelligente Energie“ unausweichlich.*
- (18) Angesichts der Gemeinschaftsstrategie für die nachhaltige Entwicklung und der Ergebnisse der Bewertung des Rahmenprogramms muss die Gemeinschaftsförderung in den Energiefeldern, die einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten, gestärkt werden, indem diese in ein einziges Programm „Intelligente **Energie**“ **zusammengeführt** werden, das vier spezifische Bereiche umfasst.
- (19) Die Bedeutung und der Erfolg der Gemeinschaftsförderung zugunsten erneuerbarer Energien im Rahmen des Programms Altener im Zeitraum 1993-2002 rechtfertigen die Aufnahme eines spezifischen, die erneuerbaren Energiequellen betreffenden Bereichs „Altener“ in das Programm „Intelligente Energie“.
- (20) Die Notwendigkeit, die Gemeinschaftsförderung zugunsten der rationellen Energieverwendung zu stärken, und der Erfolg des Programms SAVE im Zeitraum 1991-2002 rechtfertigen die Aufnahme eines spezifischen, die Energieeffizienz betreffenden Bereichs „SAVE“ in das Programm „Intelligente Energie“.
- (21) Der besseren Energienutzung im Verkehrswesen, **einschließlich der Diversifizierung der Kraftstoffe**, kommt große Bedeutung im Rahmen der Anstrengungen der Gemeinschaft zur Verringerung der negativen Auswirkungen des Verkehrs zu. Daher sollte in **das Programm „Intelligente Energie“** ein spezieller, die energiespezifischen Aspekte des Verkehrswesens betreffender Bereich „Steer“ aufgenommen werden.
- (22) Die Förderung vorbildlicher Verfahren, die in der Gemeinschaft im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz entwickelt wurden, und ihre Weitergabe, insbesondere an Entwicklungsländer, sind ebenso wie die stärkere Zusammenarbeit bei der Verwendung der flexiblen Mechanismen des Protokolls von Kyoto vorrangige Anliegen der internationalen Verpflichtungen, die die Gemeinschaft eingegangen ist. Um die Kontinuität mit dem vormaligen Programm Synergy hinsichtlich der Maßnahmen in den vorgenannten Bereichen zu gewährleisten, sollte ein spezifischer, die Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Rahmen der internationalen Förderung betreffender Bereich „Coopener“ in das Programm „Intelligente Energie“ aufgenommen werden.
- (23) *Der Austausch von Know-how, vorbildlichen Verfahren und Projektergebnissen, die Koordinierung innerhalb des Programms und mit anderen Gemeinschaftsmaßnahmen, die Kontinuität mit Blick auf bestehende Programme, die Stabilität der Vorschriften für die Beteiligung, ausreichende Humanressourcen wie auch eine rasche Durchführung werden für den Erfolg des Programms „Intelligente Energie“ von entscheidender Bedeutung sein.*
- (24) *Zur Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energiequellen in allen Sektoren der Gesellschaft wird die Einrichtung einer Europäischen Agentur für intelligente Energie mittelfristig unumgänglich sein, wobei diese Agentur für strategische Überlegungen zuständig sein wird, um die Entwicklung, Förderung und Durchführung von technologischen und verhaltensorientierten Maßnahmen zu unterstützen. Eine solche Agentur wird mit Unterstützung der Mitgliedstaaten dazu beitragen, dass vorbildliche Verfahren in der ganzen Union rasch Anwendung finden, und die Einführung neuer Technologien erleichtern, was entsprechende ökologische und wirtschaftliche Vorteile erbringen wird. Es wird von der Agentur nicht zwangsläufig erwartet, dass sie Verwaltungsarbeiten in Verbindung mit dem Programm „Intelligente Energie“ übernimmt.*
- (25) *Die Chancengleichheit von Frauen und Männern (Gender-Mainstreaming) ist ein wichtiger Aspekt aller Gemeinschaftsprogramme und sollte deshalb im Rahmen des Programms „Intelligente Energie“ berücksichtigt werden.*
- (26) *Da in der Laufzeit des Programms „Intelligente Energie“ mit der Erweiterung der Union ab dem Jahr 2004 gerechnet wird, muss den neuen Mitgliedstaaten und ihren Anstrengungen, die EU-Rahmenbedingungen für den Bereich der erneuerbaren Energiequellen und der Energieeffizienz zu übernehmen, besondere Aufmerksamkeit zukommen.*

Mittwoch, 20. November 2002

- (27) Mit dieser Entscheidung wird für die gesamte Laufzeit des Programms ein Finanzrahmen festgelegt, der für die Haushaltsbehörde den *vorrangigen* Bezugsrahmen im Sinne von Nummer 33 der *Interinstitutionellen* Vereinbarung vom 6. Mai 1999 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens ⁽¹⁾ bildet.
- (28) Da die Ziele dieses Programms, das die Umsetzung der Gemeinschaftsstrategie in den Energiefeldern betrifft, die einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten, nicht in ausreichendem Maße durch die Mitgliedstaaten erreicht werden können, da diese Umsetzung eine Fördertätigkeit und den Austausch auf der Grundlage einer engen, europaweiten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren auf gemeinschaftlicher, nationaler, regionaler und lokaler Ebene voraussetzt, und sich diese Ziele daher besser auf Gemeinschaftsebene verwirklichen lassen, kann die Gemeinschaft gemäß dem in Artikel 5 des Vertrags niedergelegten Subsidiaritätsprinzip Maßnahmen ergreifen. Nach dem in demselben Artikel genannten *Verhältnismäßigkeitsprinzip* geht diese Entscheidung nicht über das für die Erreichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.
- (29) Die Bestimmungen dieser Entscheidung gelten unbeschadet der Artikel 87 und 88 des Vertrags, insbesondere des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Umweltschutzbeihilfen.
- (30) Die für die Durchführung dieser Entscheidung erforderlichen Maßnahmen sollten gemäß dem Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse ⁽²⁾ erlassen werden –

HABEN FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

- (1) Für den Zeitraum 2003-2006 wird ein mehrjähriges *Programm* für Maßnahmen im Energiebereich, im Folgenden als „Intelligente **Energie**“ *bezeichnet*, aufgelegt.
- (2) Dieses Programm trägt zur Umsetzung der mittel- und langfristigen Energiestrategie der Gemeinschaft bei, insbesondere zur Erreichung folgender allgemeiner Ziele:
- Versorgungssicherheit,
 - Wettbewerbsfähigkeit**,
 - Umweltschutz *und*
 - wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt**.

Es soll die nachhaltige Entwicklung, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und den Umweltschutz fördern und so eine wirksame Verbindung dieser Maßnahmen mit den im Rahmen anderer Gemeinschaftspolitiken durchgeführten Aktionen gewährleisten.

Ferner soll es die Transparenz, Kohärenz und Koordination sämtlicher Aktionen und sonstiger Maßnahmen im Energiebereich verbessern.

Artikel 2

Dieses Programm hat folgende spezifische Ziele:

- Bereitstellung der Elemente, die für die Konzipierung und Umsetzung einer mittel- und langfristigen Energiepolitik notwendig sind, insbesondere im Hinblick auf das Nachfragemanagement, den vermehrten Einsatz erneuerbarer Energiequellen, die Diversifizierung der Energieversorgung *durch neue und erneuerbare Energiequellen*, auch im Verkehrswesen, und den Ausbau des Potenzials der Regionen, vor allem der Gebiete in Randlage, und Ausarbeitung der für die Erreichung dieser strategischen Ziele erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen;

⁽¹⁾ ABl. C 172 vom 18.6.1999, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23.

Mittwoch, 20. November 2002

- b) Entwicklung der Instrumente und der Mittel, die notwendig sind, um das Follow-up, die Beobachtung und die Bewertung der Auswirkungen der Maßnahmen zu gewährleisten, die die Gemeinschaft und die *Mitgliedstaaten im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien*, einschließlich der energiespezifischen Aspekte des Verkehrswesens, erlassen;
- c) Herbeiführung eines wirklich veränderten Verhaltens im Umgang mit Energie in der Gemeinschaft durch die Sensibilisierung der betreffenden Hauptakteure, der Unternehmen und der Bürger im Allgemeinen dahingehend, dass diese auf wirksame und intelligente, auf tragfähigen und dauerhaften Grundlagen beruhende Energieerzeugungs- und -verbrauchssysteme umsteigen, was durch die Förderung des Austausches von Erfahrung und Know-how, durch die Förderung von Maßnahmen, die die Investitionen in neue Technologien ankurbeln sollen, und durch die Förderung der Verbreitung vorbildlicher Verfahren und der besten verfügbaren Techniken, auch im Bildungswesen, erreicht werden soll, und Förderung auf internationaler Ebene.

Artikel 3

- (1) Dieses Programm ist in vier spezifische Bereiche untergliedert:
 - a) Bereich „SAVE“, der die Verbesserung der Energieeffizienz und des Nachfragemanagements, vor allem im Bauwesen und in der Industrie, betrifft, einschließlich der Ausarbeitung gesetzgeberischer Maßnahmen und ihrer Umsetzung;
 - b) Bereich „Altener“, der die Förderung neuer und erneuerbarer Energien für die zentrale und die dezentrale Produktion und die Einbeziehung dieser Energien im städtischen Umfeld betrifft, einschließlich der Ausarbeitung gesetzgeberischer Maßnahmen und ihrer Umsetzung;
 - c) Bereich „Steer“, der die Unterstützung von Maßnahmen betrifft, die die energiespezifischen Aspekte des **Verkehrswesens** und die Förderung von Kraftstoffen aus regenerativen Energien und der Energieeffizienz im Verkehrswesen zum Gegenstand haben, einschließlich der Ausarbeitung gesetzgeberischer Maßnahmen und ihrer Umsetzung;
 - d) Bereich „Coopener“, der die Unterstützung von Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz in Entwicklungsländern betrifft, **insbesondere im Rahmen der EG-Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Afrika, Asien und Lateinamerika**.
- (2) **Maßnahmen können sich auf einen der in Absatz 1 genannten spezifischen Bereiche beziehen oder mehrere spezifische Bereiche verbinden.**

Die *Einleitung* so genannter „Leitaktionen“, die mehrere spezifische Bereiche bündeln und/oder bestimmte Gemeinschaftsprioritäten, zum Beispiel in *abgelegenen* und in Randlage befindlichen Gebieten *gemäß* Artikel 299 Absatz 2 des *Vertrags* zum Gegenstand haben, ist möglich.

Artikel 4

- (1) Für jeden der in Artikel 3 Absatz 1 genannten vier spezifischen Bereiche ist die Gemeinschaftsfinanzierung im Rahmen des Programms für Maßnahmen oder Projekte bestimmt, die Folgendes zum Gegenstand haben:
 - a) Die Umsetzung mittel- und langfristiger Strategien in Energiefeldern, die zur nachhaltigen Entwicklung, zur Versorgungssicherheit im Binnenmarkt, zur Wettbewerbsfähigkeit und zum Umweltschutz beitragen, einschließlich der Ausarbeitung von Normen sowie von Etikettierungs- und Zertifizierungssystemen, langfristiger freiwilliger Vereinbarungen mit der Industrie, vorausschauender Arbeiten, strategischer Studien auf der Grundlage gemeinsamer Analysen und der gemeinsamen Beobachtung der Energiemärkte und -tendenzen;
 - b) Schaffung oder Ausbau von Strukturen und Instrumenten für die Entwicklung nachhaltiger Energiesysteme, einschließlich der Energieplanung und des Energiemanagements auf lokaler und regionaler Ebene, und Entwicklung adäquater Finanzprodukte und Marktinstrumente;
 - c) Förderung von Systemen und Geräten im Bereich der nachhaltigen Energie mit dem Ziel, ihre Marktdurchdringung zu beschleunigen und Investitionen anzukurbeln, die den Übergang von der Demonstration zur Vermarktung der leistungsfähigsten Technologien erleichtern, einschließlich Sensibilisierungsmaßnahmen und der Schaffung von institutionellen Kapazitäten im Hinblick auf die Umsetzung des Mechanismus für die umweltverträgliche Entwicklung und die gemeinsame Umsetzung im Rahmen des Protokolls von Kyoto;

Mittwoch, 20. November 2002

- d) Entwicklung von Strukturen in den Bereichen Information, allgemeine und berufliche Bildung; Verwertung von Ergebnissen, **einschließlich der Vorbereitung künftiger gesetzgeberischer Maßnahmen der Gemeinschaft**, Förderung und Verbreitung von Know-how und vorbildlichen Verfahren, auch bei allen Verbrauchern, und Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten durch operationelle Netze auf Gemeinschaftsebene und auf internationaler Ebene;
 - e) Beobachtung der Umsetzung und der Auswirkungen der Gemeinschaftspolitik und der Fördermaßnahmen;
 - f) Bewertung der Auswirkungen der im Rahmen des Programms finanzierten Maßnahmen und Projekte.
- (2) Im Rahmen dieses Programms wird die Finanzhilfe, die für Aktionen und Maßnahmen in den in Artikel 3 Absatz 1 genannten vier spezifischen Bereichen gewährt wird, entsprechend dem Zusatznutzen der vorgeschlagenen Aktion für die Gemeinschaft, der Relevanz **und** der erwarteten **Auswirkungen festgelegt**.

Sofern angemessen, erhalten kleine und mittlere Unternehmen und regionale oder lokale Netze Vorrang.

Die Finanzhilfe darf nicht mehr als 50 % der Gesamtkosten der Maßnahme betragen, der Restbetrag kann entweder aus öffentlichen oder aus privaten Mitteln oder aus einer Kombination von beiden gedeckt werden. Diese Hilfe kann jedoch im Falle bestimmter Aktionen die Gesamtkosten decken, etwa im Falle von Studien, **der Verbreitung von Projektergebnissen** und **von** sonstigen Aktionen, die die Auswirkungen der Strategie und der politischen Maßnahmen der Gemeinschaft vorbereiten, ergänzen, umsetzen und bewerten sollen, und im Falle von Maßnahmen, die die Kommission vorgeschlagen hat, um den Erfahrungsaustausch und das Know-how im Hinblick auf eine bessere Abstimmung zwischen den gemeinschaftlichen, nationalen, internationalen und sonstigen Initiativen zu fördern.

Alle Kosten im Zusammenhang mit Aktionen und Maßnahmen, die auf die alleinige Initiative der Kommission hin durchgeführt werden, gehen zu Lasten der Gemeinschaft.

Artikel 5

- (1) **Informationen über künftige Programme müssen für die gegenwärtigen und für mögliche künftige Teilnehmer problemlos zugänglich sein.**
- (2) **Die Kommission stellt die systematische Verbreitung und Bewertung der Ergebnisse aller Maßnahmen sicher, die aus dem Programm finanziert werden.**
- (3) **Die Ergebnisse der aus dem Programm finanzierten Initiativen müssen für die Öffentlichkeit einfach zugänglich sein.**

Artikel 6

Eine (horizontale) Task Force wird eingerichtet, um Folgendes zu gewährleisten:

- a) **die Koordinierung zwischen den vier spezifischen Programmbereichen,**
- b) **die Verbindung mit anderen Gemeinschaftspolitiken (z.B. Entwicklung und Zusammenarbeit, Strukturfonds) und mit verwandten Tätigkeiten verschiedener Generaldirektionen der Kommission (überwiegend GD Verkehr und Energie, GD Umwelt, GD Regionalpolitik, GD Außenbeziehungen, GD Erweiterung und GD Forschung) und**
- c) **die Nutzung der Projektergebnisse.**

Artikel 7

- (1) **Die Kommission legt einen Bericht vor, der zu einem möglichen Vorschlag für die Einrichtung einer Europäischen Agentur für intelligente Energie führt (einschließlich interner Struktur, Arbeitsweise und Finanzbedarf).**
- (2) **Eine Europäische Agentur für intelligente Energie soll die Entwicklung, Förderung und Durchführung technologischer und verhaltensorientierter Maßnahmen auf hohem Niveau gewährleisten, die darauf ausgerichtet sind, die Energieeffizienz zu erhöhen und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen in allen Sektoren der Gesellschaft zu stärken.**

Mittwoch, 20. November 2002

(3) *Die Agentur soll mit Unterstützung der Mitgliedstaaten die erforderliche technische und wissenschaftliche Unterstützung und ein hohes Maß an Sachkenntnis bereitstellen, um sicherzustellen, dass vorbildliche Verfahren unionsweit rasch Anwendung finden, und um die Einführung und den Einsatz neuer Technologien zu erleichtern, was entsprechende ökologische und wirtschaftliche Vorteile erbringt.*

(4) *Die Kommission prüft in ihrem Bericht auch die Möglichkeit, die genannten Aufgaben einer bereits bestehenden europäischen Agentur zuzuweisen, beispielsweise der Europäischen Umweltagentur in Kopenhagen.*

Artikel 8

(1) Innerhalb von sechs Monaten nach dem Erlass dieser Entscheidung erstellt die Kommission in Absprache mit dem in Artikel 11 Absatz 1 genannten Ausschuss ein Arbeitsprogramm. **Dieses Arbeitsprogramm stützt sich auf die in Artikel 1 Absatz 2 sowie in den Artikeln 2, 3 und 4 niedergelegten Grundsätze. Es wird gemäß dem Verfahren des Artikels 11 Absatz 3 ausgearbeitet und aktualisiert.**

(2) Im Arbeitsprogramm wird Folgendes im Einzelnen aufgeführt:

- a) Die **Leitlinien für** die einzelnen, in Artikel 3 Absatz 1 genannten spezifischen Bereiche **im Hinblick auf die Umsetzung der in Artikel 1 Absatz 2 sowie in den Artikeln 2, 3 und 4 festgelegten Ziele und Prioritäten** unter Berücksichtigung des zusätzlichen Nutzens, den die auf der Ebene der Gemeinschaft vorgeschlagenen Maßnahmen insgesamt gegenüber den bisherigen Maßnahmen mit sich bringen würden;
- b) die Durchführungsmodalitäten, wobei zwischen den auf Initiative der Kommission hin und den auf Initiative des Sektors und/oder des Marktes hin geplanten Maßnahmen unterschieden wird, die Finanzierungsmodalitäten sowie die Art und die Regeln der Beteiligung;
- c) die Auswahlkriterien, **die den in dieser Entscheidung genannten Zielen Rechnung tragen**, und die Modalitäten ihrer Anwendung auf jede Aktionsart sowie die Methode; **die Auswahlkriterien werden veröffentlicht und es wird ein hohes Maß an Transparenz sichergestellt; die Chancengleichheit von Frauen und Männern (Gender-Mainstreaming) wird während des gesamten Programms gewahrt;**
- d) der vorläufige Terminplan für die Durchführung des Arbeitsprogramms, vor allem für den Inhalt der Aufforderungen für die Einreichung von Vorschlägen, **mit dem Ziel, eine möglichst weitreichende Kontinuität zwischen den bisherigen spezifischen Energieprogrammen und dem Programm „Intelligente Energie“ sicherzustellen; die Verfahren werden mit dem Ziel einer raschen Durchführung des Arbeitsprogramms beschleunigt und vereinfacht;**
- e) die Modalitäten der Koordinierung und der Verbindung mit anderen Politikfeldern der Gemeinschaft, **einschließlich der Einrichtung einer Task Force; das Verfahren für die Konzipierung und Durchführung von Aktionen und Maßnahmen, die mit denen der Mitgliedstaaten im Bereich der nachhaltigen Energie abgestimmt sind, wird festgelegt, um einen Zusatznutzen gegenüber den von den einzelnen Mitgliedstaaten isoliert getroffenen Maßnahmen zu erzielen; diese Maßnahmen werden es ermöglichen, eine optimale Kombination der unterschiedlichen Instrumente zu erreichen, über die sowohl die Europäische Union als auch die Mitgliedstaaten verfügen;**
- f) gegebenenfalls die praktischen Modalitäten der Förderung der Beteiligung entfernter und in Randlage befindlicher Gebiet und von KMU;
- g) **die Leitlinien und Bedingungen für die Teilnahme von Beitrittsländern.**

Artikel 9

(1) Der Finanzrahmen für die Durchführung dieses Programms beläuft sich auf **255 Millionen Euro. In Folge der Erweiterung der Union wird ab dem Jahr 2004 ein zusätzlicher Beitrag vorgesehen, der sich an der Zahl und an der Größe der neuen Mitgliedstaaten orientiert. Der Finanzrahmen muss mit der Obergrenze von Rubrik 3 der Finanziellen Vorausschau vereinbar sein.**

Die jährlichen Mittel werden von der Haushaltsbehörde innerhalb der durch die Finanzielle Vorausschau gesetzten Grenzen bewilligt.

Für die einzelnen spezifischen Bereiche werden *indikative* Finanzrahmen festgelegt. Eine vorläufige Aufteilung ist im Anhang aufgeführt. Diese Aufteilung der Mittel auf die Bereiche wird flexibel gehandhabt, um der Bedarfsentwicklung des Sektors besser gerecht zu werden. **Die Dienststellen der Kommission unternehmen konzertierte Anstrengungen, um hohe und ausgewogene Durchführungsraten des Programms sicherzustellen.**

Mittwoch, 20. November 2002

(2) Die Bedingungen für die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an den Maßnahmen dieses Programms werden gemäß der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften festgesetzt.

Artikel 10

Die Durchführung dieses Programms **obliegt** der **Kommission gemäß** dem Verfahren des Artikels 11 Absatz 2.

Die Kommission bestimmt in Absprache mit den Mitgliedstaaten regionale oder lokale Organisationen, die die Aufgabe haben werden, die Anwendung dieses Programms mit den entsprechenden nationalen Programmen zu koordinieren. Solche regionalen oder lokalen Organisationen können in der ganzen Gemeinschaft eingerichtet werden.

Artikel 11

(1) Die Kommission wird von einem Ausschuss unterstützt, der sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt und in dem der Vertreter der Kommission den Vorsitz führt.

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so sind die Artikel 4 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8 anzuwenden.

Die in Artikel 5 Absatz 6 des Beschlusses 1999/468/EG vorgesehene Frist wird auf drei Monate festgesetzt.

(3) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so sind die Artikel 5 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8 anzuwenden.

(4) Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 12

(1) Die Kommission prüft alljährlich den Stand der Durchführung dieses Programms und der Maßnahmen, die in den in Artikel 3 Absatz 1 genannten vier spezifischen Bereichen durchgeführt werden. **Sie übermittelt dem Europäischen Parlament und dem Rat die Ergebnisse dieser jährlichen Prüfung einschließlich einer Zusammenfassung der im Rahmen des Programms durchgeführten Maßnahmen.**

(2) Im dritten Jahr der Laufzeit des Programms, auf jeden Fall jedoch **spätestens 12 Monate** vor der Unterbreitung ihrer Vorschläge für ein nachfolgendes Programm, beauftragt die Kommission unabhängige Sachverständige mit einer externen Bewertung der innerhalb dieses Programms durchgeführten Gemeinschaftsaktionen. Die Kommission übermittelt die Schlussfolgerungen dieser Bewertung dem Europäischen Parlament, dem Rat, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen.

Artikel 13

(1) Unbeschadet der Absätze 2 und 3 kann sich jede *juristische Person des Privatrechts oder des öffentlichen Rechts*, die im Gebiet der Europäischen Union niedergelassen ist, an diesem Programm beteiligen.

Die Verwaltungsverfahren werden überprüft und vereinfacht, um verwaltungsmäßige Hemmnisse zu vermeiden, die solche Personen daran hindern, sich an diesem Programm zu beteiligen.

(2) An diesem Programm können sich die Länder Mittel- und Osteuropas, die Beitrittskandidaten sind, gemäß den Bedingungen beteiligen, die in den europäischen Assoziationsabkommen, in den dazugehörigen Zusatzprotokollen und in den Entscheidungen der jeweiligen Assoziationsräte festgelegt sind. Am Programm können sich auch Zypern, Malta und die Türkei auf der Grundlage der mit diesen Ländern geschlossenen bilateralen Abkommen beteiligen.

(3) An diesem Programm können sich die Länder der EFTA/des EWR auf der Grundlage zusätzlicher Mittel und gemäß den mit diesen Ländern zu vereinbarenden Verfahren beteiligen.

Mittwoch, 20. November 2002

Artikel 14

Diese Entscheidung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Artikel 15

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu ... am ...

Im Namen des Europäischen
Der Präsident

Parlaments Im Namen des Rates
Der Präsident

ANHANG

VORLÄUFIGE AUFTEILUNG DER FÜR NOTWENDIG ERACHTETEN MITTEL ⁽¹⁾

in Mio. EUR

Aktionsbereiche	(2003-2006)
1) Rationelle Energieverwendung und Nachfragemanagement	85
2) Neue und erneuerbare Energien und Diversifizierung der Energiegewinnung	96
3) Energiespezifische Aspekte des Verkehrswesens	40
4) Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz auf internationaler Ebene, insbesondere in Entwicklungsländern	34
INSGESAMT	255 ⁽²⁾ , ⁽³⁾ , ⁽⁴⁾ , ⁽⁵⁾

⁽¹⁾ Diese Aufteilung auf die spezifischen Bereiche „Rationelle Energieverwendung und Nachfragemanagement“, „Neue und erneuerbare Energien und Diversifizierung der Energiegewinnung“ und „Energiespezifische Aspekte des Verkehrswesens“ ist vorläufig. Diese Mittelaufteilung ist flexibel, um besser auf die Bedarfsentwicklung in dem Sektor reagieren zu können.

⁽²⁾ Die Mittel für Fördermaßnahmen auf internationaler Ebene sind ein Festbetrag und machen 13,3% der Gesamtkosten des Programms aus.

⁽³⁾ Ab 2004 wird in Folge der Erweiterung der Europäischen Union ein zusätzlicher Beitrag **vorgesehen, der der Zahl und der Größe der neuen Mitgliedstaaten Rechnung trägt.**

⁽⁴⁾ Der Haushalt **einer etwaigen** Exekutivagentur wird von der Haushaltsbehörde als Prozentsatz der Gesamtmittelausstattung des Programms festgesetzt.

⁽⁵⁾ **Der Finanzrahmen muss mit der Obergrenze von Rubrik 3 der Finanziellen Vorausschau vereinbar sein.**